

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 3. Dezember 2010

Taktischer Koalitionsbruch der Grünen

Der Rückzug der Grünen aus der Koalition in Hamburg ist eine Flucht aus der Verantwortung. Ein wirklich überzeugendes Motiv für den Koalitionsbruch fehlt. Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung der Stadt Hamburg und das Ansehen der parlamentarischen Demokratie lassen sich die Grünen in ihrem Handeln – wie auch schon in der außerparlamentarischen Auseinandersetzung um Stuttgart 21 – vor allem von einem machttaktischen Kalkül leiten. Ihr Rückzug aus der Koalition ist der offenkundige Versuch, das aktuelle Umfragehoch auszunutzen. Doch wer mit Blick auf die eigenen Umfragewerte Neuwahlen herbeiführt, wird letztlich bei den Bürgerinnen und Bürgern kein Vertrauen gewinnen. Im Gegensatz zu den Grünen steht Hamburgs Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus für einen verbindlichen und verlässlichen Stil in der Politik. Er hat in kürzester Zeit hohe Anerkennung in der Bevölkerung für seine Arbeit gewonnen und ist Garant dafür, dass Hamburg unter Führung der CDU seine überaus positive Entwicklung fortsetzen kann.

Dass die Grünen aus rein taktischen Erwägungen die gemeinsame Arbeit in Hamburg beenden, reiht sich nahtlos in die Entwicklung der vergangenen Monate ein: Spätestens mit den sozialpolitischen Beschlüssen des Freiburger Parteitages ist deutlich geworden, dass innerhalb der Grünen erneut der linke Flügel Konjunktur hat. Durch Neuwahlen in Hamburg will dieser nun Schwung holen, um dann in einer rot-grünen Koalition mit der Elbvertiefung ein wichtiges Infrastrukturprojekt zu verhindern, das die Grünen in der Regierungsverantwortung noch mitgetragen haben.

Jobcenter Verden mit Bundesarbeitsministerin und mir im Gespräch

Mehr Langzeitarbeitslose schneller und nachhaltiger in einen guten Job vermitteln – bessere Chancen für Jung und Alt! Die gemeinsame Zielrichtung war schnell klar beim „1. Tag der Jobcenter“, zu der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen heute auch das Jobcenter Verden zu sich persönlich nach Berlin eingeladen hatte. Mit beim Termin der Ministerin war auch Kerstin Wendt als Vertreterin des hiesigen Jobcenters dabei.

Die Mitarbeiter in den Jobcentern sind die starken Partner für die Menschen. Gerade jetzt mit der Reform der Jobcenter und weiteren Maßnahmen, wie zum Beispiel das große Bildungs- und Teilhabepakt für Kinder, eröffnet das neue und große Chancen.

Im engen Schulter-schluss mit CDU/CSU, FDP und sogar Teilen der Opposition gelang Arbeitsministerin Ur-



sula von der Leyen in nur einem Vierteljahr die Jobcenterreform, die parteiübergreifend Zustimmung fand. Jetzt setzte die Bundesarbeitsministerin auch im Dialog mit den Akteuren vor Ort neue Zeichen und lud zum Start der Umsetzung der Reform zum „1. Tag der Jobcenter“ ein.

Dabei ergab sich für Kerstin Wendt und mich nicht nur die Gelegenheit, untereinander, sondern auch mit Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen ins Gespräch zu kommen.

Finanzminister beschließen Hilfe für Irland und Krisenmechanismus

Im Interesse einer Beruhigung der Lage an den europäischen Finanzmärkten und der Stabilisierung des Euros haben sich die Finanzminister der Eurogruppe und des ECOFIN am Wochenende darauf verständigt, Irland finanziellen Beistand unter Auflagen zu gewähren. Die Hilfen von Seiten der Europäischen Union und des IWF belaufen sich auf insgesamt 85 Mrd. € über eine Laufzeit von 36 Monaten. Verknüpft sind diese Hilfen mit einem ehrgeizigen

Anpassungsprogramm für Irland, auf das sich alle Beteiligten am vergangenen Sonntag verständigt haben, mit Ausgabenbeschränkungen von 10 Mrd. € in den nächsten vier Jahren.

Gleichzeitig haben sich die Eurogruppe und die EU-Kommission auf die Grundzüge eines dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verständigt. Die Bundesregierung hat dabei in schwierigen Verhandlungen durchgesetzt, dass

im Falle einer drohenden Insolvenz von Mitgliedstaaten in einem geordneten Verfahren auch die privaten Gläubiger in die Maßnahmen zur Stabilisierung einbezogen werden. Verbunden mit der Formulierung strenger Auflagen für das Schuldnerland wird die Gewährung finanzieller Hilfen an dessen Bereitschaft geknüpft, durch eigene Anstrengungen eine nachhaltige Verbesserung der Lage zu erreichen.

Entwicklung im Iran erfordert unsere Wachsamkeit

In dieser Woche haben wir uns im Plenum des Deutschen Bundestages mit der Menschenrechtslage im Iran befasst. Die Vorgänge um das iranische Nuklearprogramm und das Verhalten in den Nachbarstaaten geben seit Jahren Anlass zur Sorge. Auch der Stand der Menschenrechte hat sich in den vergangenen Jahren stetig verschlechtert. Die mutigen Proteste gegen die weder freien noch fairen Präsidentschaftswahlen sind Ausdruck eines wachsenden Unmuts der iranischen Bevölkerung. Die iranische Regierung hat diesen Protest brutal niedergeschlagen, so wie sie auch unabhängige Medienberichterstattung und die Aktivitäten

von Nichtregierungsorganisationen unterdrückt. Aus diesem Grund war es richtig, dass Deutschland 50 iranische Staatsbürger aufgenommen hat, die vor der Verfolgung durch das iranische Regime in die Türkei geflohen waren.

Besondere Sorge bereitet uns der Zustand des Justizwesens. Willkür und politische Repression sind auch hier an der Tagesordnung. Die Zahl der Hinrichtungen ist in den vergangenen Jahren wieder deutlich angestiegen. Zuletzt hat die Verurteilung von Sakineh Mohammadi Ashtiani zum Tod durch Steinigung weltweit für Empörung gesorgt. Auch wenn die Vollstreckung inzwischen ausge-

setzt ist, müssen wir hier wachsam bleiben. Angespannt ist auch die Lage der religiösen Minderheiten, die von zahlreichen Diskriminierungen betroffen sind. Mit unserem Antrag „Menschenrechtslage im Iran verbessern“ machen wir deutlich, dass die gegenwärtige Entwicklung nicht akzeptabel ist und wir uns weiter für die Menschen im Iran und ihre fundamentalen Rechte einsetzen werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bei der iranischen Regierung weiter auf Einhaltung der internationalen Verpflichtungen zu dringen.

Geschäftsklimaindex steigt auf Höchstwert

Der Aufschwung setzt sich fort: Deutschlands Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftssituation und ihre Aussichten für die nächsten sechs Monate noch zuversichtlicher

als dies bislang schon der Fall war. Dies zeigt der ifo-Geschäftsklimaindex, der im November um 1,6 Zähler auf 109,3 Punkte stieg und damit den höch-

sten je in Gesamtdeutschland gemessenen Wert erreichte.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range